

In unserer Reihe „Stimmen aus Russland“ bieten wir Einblicke in russische Debatten und strategische Überlegungen, die in westlichen Leitmedien oft fehlen. In diesem Beitrag erklärt der Politologe **Geworg Mirsajan**, warum ein vollwertiger Friede ohne Europa nicht möglich ist – und warum Brüssel sich derzeit dennoch selbst ins Abseits manövriert. Aus dem Russischen übersetzt von **Éva Péli**.

Das Drängen europäischer Staaten auf einen Platz bei den russisch-US-amerikanischen oder russisch-US-amerikanisch-ukrainischen Verhandlungen löst Fremdscham für die Nachbarn auf dem eigenen Kontinent aus. Vertreter Europas reisen zu den Treffpunkten, treiben sich in den Hotels herum und beraten ukrainische Beamte – doch der Verhandlungssaal bleibt für sie verschlossen. Sowohl Russland als auch die USA schlagen ihnen die Tür vor der Nase zu.

Dieses Vorgehen ist folgerichtig. Moskau und Washington wollen – im Gegensatz zu Kiew – die Verhandlungen zum Erfolg führen. Sie suchen jenen Kompromiss, den Wladimir Putin und Donald Trump bei ihrem Treffen in Anchorage bereits grob skizzierten. Europa hingegen agiert völlig destruktiv. Das beweist die sogenannte „Liste der Zugeständnisse“ der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas. Darin listet sie Forderungen auf, die Moskau in einem Friedensvertrag erfüllen soll. Im Kern ist das eine Kapitulationsurkunde: Russland soll Reparationen zahlen, Truppen von eigenem Territorium abziehen und die Armee verkleinern. Wer so auftritt, disqualifiziert sich für jeden Verhandlungstisch.

Sicherheitsgarantien und Sanktionen: Warum Europa unverzichtbar ist

Dennoch braucht es Europa bei diesen Gesprächen. Ohne die europäischen Staaten gelingt kein Friede, der die Ursachen des Konflikts dauerhaft ausräumt. Europa muss beispielsweise schriftlich garantieren, die Ukraine nicht in die NATO zu ziehen. Würden nur die US-Amerikaner diese Zusage geben, triebe die Alte Welt die euro-atlantische Integration der Ukraine einfach weiter voran. Zudem könnten sie die Ukraine in den europäischen Pfeiler der NATO einbetten, ohne sie offiziell aufzunehmen – genau wie zuvor im Fall Schwedens.

Ebenso muss Europa die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland unterzeichnen. Andernfalls bliebe die russische Außenwirtschaft blockiert und das Ringen um die Rückgabe eingefrorener russischer Vermögenswerte würde sich über Jahrzehnte hinziehen. Theoretisch könnte ein „Trojanisches Pferd“ wie Ungarn zwar mit US-amerikanischer Rückendeckung die Verlängerung von Sanktionen per Veto verhindern. Doch die einzelnen Staaten könnten diese auf nationaler Ebene jederzeit reaktivieren. Zudem sind kritische Fragen, wie der Verbleib der eingefrorenen Gelder, längst aus den regulären

Verlängerungsverfahren ausgegliedert.

Schließlich muss Europa die neuen russischen Gebiete offiziell anerkennen. Ohne diesen Schritt fehlt jede Grundlage, um Sanktionen zu beenden oder die Diskriminierung der dortigen Bewohner bei Visa und Investitionen zu stoppen. Den Revanchisten in Kiew bliebe sonst die Hoffnung, dass der Westen neue Kämpfe als „Wiederherstellung der territorialen Integrität“ rechtfertigt, während russische Schutzmaßnahmen als „neuer Angriff“ gälten. Dies würde die Verteidigungsgarantien für das Kiewer Regime sofort wieder aktivieren.

Nationale Alleingänge gegen das Brüsseler Veto

Die entscheidende Frage lautet: Wie lässt sich Europa an den Verhandlungstisch bringen? In einer idealen Welt mit pragmatischen Politikern an der Spitze der EU wäre das einfach. Sie würden begreifen, dass ihre Abwesenheit der europäischen Souveränität schadet. Sie müssten zusehen, wie Russen und US-Amerikaner die Zukunft des Kontinents erneut ohne sie gestalten. Sie würden erkennen, dass der Krieg verloren ist und sie nur eine Chance haben: Sie müssen auf den Verhandlungszug aufspringen, so wie es einst Donald Trump tat.

Doch Europa wird heute nicht von Staatsmännern vom Kaliber eines Helmut Kohl oder Charles de Gaulle regiert. An der Spitze stehen intellektuelle Liliputaner wie Ursula von der Leyen und Kaja Kallas. Sie dienen bürokratischen Interessen, nicht ihren Nationen. Sie ziehen in einen ideologischen Kreuzzug, statt Realpolitik zu betreiben. Solche Akteure wird niemand zu einem Kurswechsel bewegen.

Es bleibt also nur ein Weg: Andere müssen an den Tisch. Die Strategie muss auf einzelne nationale Anführer setzen, die das Brüsseler Veto durchbrechen, und als „Vertreter Europas“ profilieren. Sie müssten jene diplomatische Rolle übernehmen, an der Kaja Kallas scheitert. Das würde eine Kettenreaktion auslösen: Andere europäische Staatschefs würden aus Sorge um den Einfluss ihrer Konkurrenten ebenfalls von der Brüsseler Linie abweichen, um eigene Interessen im künftigen Abkommen zu wahren. Sobald der erste Dominostein fällt, folgen die anderen. Da hilft es auch nicht, wenn die baltischen Staatschefs in Kiew fordern, ein EU-Vertreter dürfe nur die Positionen der Ukraine vertreten.

Eigentlich ließe sich dieser Plan schon jetzt umsetzen, denn Moskau und Washington haben bereits Kandidaten für die Rolle des ersten Dominosteins: den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und seinen slowakischen Kollegen Robert Fico. Das Problem ist jedoch, dass diese Anführer nicht das nötige Kaliber besitzen. Ihnen fehlt das institutionelle Gewicht; sie werden die übrigen Steine nicht umwerfen – sie werden bloß zu noch größeren Ausgestoßenen innerhalb der EU.

Diese Rolle erfordert jemanden von größerem Format – zum Beispiel den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, bei aller, gelinde gesagt, schwierigen Einstellung zu ihm. Er beginnt bereits zu schwanken, spricht über die Notwendigkeit direkter Gespräche mit Moskau und demonstriert einen konstruktiven Ansatz, etwa indem er die Konfiszierung russischer Vermögenswerte blockiert. Die Frage ist nur, wann er erkennt, wie vorteilhaft es wäre, der erste Dominostein zu sein – statt lediglich eine gesamteuropäische Vogelscheuche.

Zum Autor: Geworg Mirsajan ist ein russischer Politologe und Journalist. Er ist außerordentlicher Professor an der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation in Moskau. Als Experte für internationale Beziehungen und Geopolitik publiziert er regelmäßig Analysen zu den russisch-amerikanischen Beziehungen sowie zur europäischen Sicherheitspolitik, unter anderem für das Fachmagazin *Expert* und das Online-Portal *Vzglyad*. In seinen Arbeiten vertritt er häufig realpolitische Ansätze und setzt sich kritisch mit der Rolle supranationaler Institutionen auseinander.

Der Beitrag ist auf in der russischen Onlinezeitung [Vzglyad](#) erschienen.

Titelbild: rawf8 / Shutterstock 